



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

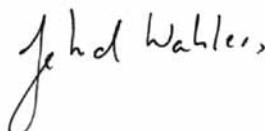
die Aprilausgabe der KAS-Auslandsinformationen beschäftigt sich mit den Umbrüchen und Aufbrüchen in Afrika. Nicht nur die arabische Welt ist davon betroffen. Auch in anderen Teilen Afrikas finden tiefgreifende Veränderungen statt, auf die wir auch in vorherigen Ausgaben hingewiesen haben. Ein Beispiel jahrzehntelanger Konflikte ist der Sudan. Am 9. Juli 2011 wurde dort schließlich ein neuer Staat geboren: Nach einem Referendum Anfang letzten Jahres, bei dem eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeit votierte, spaltete sich der Süden vom Norden ab. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg schien beendet, eine neue Nation war entstanden, die Freude im Süden groß. Doch auf das Freudenfest folgte Ernüchterung: Viele Konflikte blieben ungelöst, Fragen etwa nach dem genauen Grenzverlauf, der Abwicklung des Ölgeschäfts oder der Verteilung der Ölreinnahmen und Auslandsschulden waren nach wie vor offen. Die Hoffnung auf eine Klärung der strittigen Angelegenheiten und eine friedliche Einigung nach der Unabhängigkeit hat sich bislang nicht erfüllt. Stattdessen machen Konfrontationen und Kriegsrhetorik fast täglich Schlagzeilen. Militärische Auseinandersetzungen, vor allem um die ölreichen Grenzgebiete, Rebellentätigkeiten und blutige Stammsfehden mit Tausenden von Toten bestimmen das Bild.

Ende Januar dieses Jahres sind nun auch die Verhandlungen über das Ölgeschäft gescheitert. Der Streit entzündete sich an Transitgebühren: Im Südsudan liegen drei Viertel der Ölquellen, im Norden jedoch der einzige Ölhafen und die gesamte Infrastruktur. Der Norden ist auf das Öl des Südens angewiesen, der Süden hingegen auf den Export durch den Norden, doch gab es keine Einigung über die Gebühren für die Pipeline. Der Norden warf dem Süden vor, nicht genügend Zahlungen zu leisten und „entschädigte“ sich daraufhin kurzerhand selbst, indem er enorme Mengen Öl einbehielt. Daraufhin bezichtigte der Süden den Norden des Diebstahls und stoppte schlachtweg den Export. Anfang Februar spitzte sich die Lage so weit zu, dass der südsudanesische Präsident Salva Kiir bereits Truppen an der Grenze stationieren ließ und der sudanesische Präsident Omar al-Bashir bei Angriff zurückzuschlagen drohte.

Ein weiteres Problem sind die zahlreichen Flüchtlinge: Nach der Trennung des Südens vom Norden sind nach Angaben der Vereinten Nationen noch ca. 700.000 Südsudanesen im Norden verblieben, die meisten von ihnen Bürgerkriegsflüchtlinge, die in Camps leben und eine Rückkehr anstreben. Mitte Februar wurde ein Abkommen unterzeichnet, das mehr als 300.000 Südsudanesen aus dem Norden die Einreise erlaubt. Die Frist ist am 8. April ausgelaufen. Der Südsudan muss nun größte Anstrengungen unternehmen, den Flüchtlingsstrom zu bewältigen. Das ist eine zusätzliche, enorme Herausforderung für ein Land, das schon seine derzeitige Bevölkerung nicht versorgen kann: Es gibt so gut wie keine Infrastruktur, eine Hungersnot droht, die humanitäre Katastrophe ist abzusehen.

Auch ethnische Auseinandersetzungen gefährden den neuen Staat: Vor allem in der Region Jonglei, aufgrund der brutalen Massaker und Zerstörungen inzwischen zum Notstandsgebiet erklärt, liefern sich rivalisierende Volksgruppen immer wieder Gefechte um Land oder Vieh. Zum Teil sind es uralte Stammeskonflikte, die wieder aufbrechen, zum Teil ist es der Kampf ums nackte Überleben.

VN-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach beim diesjährigen Gipfeltreffen der Afrikanischen Union Ende Januar in Addis Abeba von einer „ernsthaften Gefahr für den Frieden und die Sicherheit“ der gesamten Region. Die Staatschefs von Sudan und Südsudan wurden dazu aufgerufen, Kompromisse einzugehen. Dies schien zunächst in greifbare Nähe gerückt: Für den 3. April wurde im südsudanesischen Juba ein Treffen anberaumt. Es wäre der erste Besuch des sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir im Süden seit der Teilung gewesen – und die Gelegenheit für eine neue Weichenstellung im Umgang miteinander. Stattdessen ließ der Norden erneut Ziele im Süden bombardieren. Das Treffen wurde abgesagt, die Chance zum Dialog vertan. Signale der Annäherung sind nun dringend erforderlich: Sollte sich die Situation weiter zuspitzen, droht der Region ein neuer Krieg.



Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de